



Jürgen Wiebicke

„Verliere nicht den Kontakt und packe Probleme nicht in Watte!“

Auszug aus: „Zehn Regeln für Demokratieretter“



Der Journalist und Philosoph Jürgen Wiebicke gibt uns mit seiner Publikation „Zehn Regeln für Demokratieretter“ zehn griffige Regeln an die Hand, mit deren Hilfe wir unsere Ratlosigkeit überwinden können. Mit deren Hilfe jeder von uns jederzeit anfangen kann. Vor der eigenen Haustür. Im Alltag. Weil es auf jeden Einzelnen von uns ankommt bei der so bitter nötigen Neubelebung unserer Demokratie. Denn – und daran müssen wir uns wieder erinnern: Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform, sie ist eine Lebensform! Wir danken dem Verlag Kiepenheuer & Witsch für die freundliche Abdruckgenehmigung der Regeln 5 und 6 aus dem Buch.

5. Verliere nicht den Kontakt zu Menschen, die nicht deiner Meinung sind

Wie kann ich denn ein politischer Mensch werden, wenn ich doch so wenige starke Überzeugungen habe? So manche von früher sind ja längst verdampft. Wie soll ich mich denn einbringen, wenn mein dominierendes Gefühl ist, mich nicht mehr auszukennen in dieser Welt, die aus den Fugen geraten zu sein scheint?

Aus vielen Gesprächen, die ich in den vergangenen Jahren geführt habe, habe ich diese beiden dicken Fragezeichen nicht nur in den Worten von anderen herausgehört, ich trage sie auch selbst mit mir herum. Die Welt des Politischen ist vielen so fremd, weil sie denen zu gehören scheint, die unerschütterliche Gesinnungen haben und diese machtvoll durchsetzen wollen, den Meistern der Vereinfachung und Zuspitzung. Denen, die auch die guten Ideen ihrer politischen Gegner ungeprüft verwerfen. Solche Prozesse wirken heute oft anachronistisch, jedenfalls dann, wenn man Demokratie nicht zuerst als Macht-, sondern als Lebensform versteht, wenn man im Beruf und im Privaten die Erfahrung macht, dass die besten Ergebnisse im Geist der Kooperation zustande kommen. In der Welt des Politischen sind aber immer noch die harten Unterscheidungen zwischen Freund und Feind zu Hause, obwohl doch jeder halbwegs Informierte weiß, dass es in einer komplexen Gesellschaft nicht mehr reicht, die einfachen Schrauben zu drehen. Wo längst infrage steht, ob es der Politik noch einmal gelingen kann, verlorene Souveränität gegenüber mächtigen wirtschaftlichen Interessen zurückzugewinnen. Das Dilemma der demokratischen Parteien besteht jedenfalls darin, dass sie einerseits klar unterscheidbar sein sollen, andererseits aber

stets bereit zu einer nicht bloß taktisch motivierten Zusammenarbeit. Vielleicht wird sich dieses Dilemma jetzt auflösen, wo sie gezwungen sind, in existenziellen Fragen Antworten geben zu müssen, und nicht mehr zweitrangige Themen ins Schaufenster rücken können.

Wenn ich Revue passieren lasse, wovon die vielen Krisen der vergangenen zehn Jahre gehandelt haben, dann stelle ich an mir selbst eine tief sitzende Unsicherheit bei der Beurteilung fest, ob die provisorischen Lösungen jeweils richtig oder falsch waren. Von der Banken- über die Eurorettung bis hin zum Flüchtlingsdeal mit der Türkei. Festgesetzt hat sich das Gefühl, dass auch die Gewählten längst von tiefer Ratlosigkeit erfasst sind und vorwiegend vom Improvisieren leben. Dies ist wohl nicht die Zeit, um unbeirrt längere Linien zu verfolgen. Parteiprogramme, Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärungen werden mühsam ausgehandelt, sind aber bald darauf, weil die nächste Krise eingedämmt werden muss, nur noch geduldiges Papier.

Dieser Modus der Dauerkrise ist aber nur schwer auszuhalten, deshalb blühen derzeit die einfachen Antworten. Islamistische Gotteskrieger und völkische Nationalisten haben – was die Mobilisierbarkeit angeht – den Vorteil, allein auf die Wucht starker Gefühle setzen zu können. Ihr Hass macht ihnen Beine. Sie benötigen nicht das Argument, das seinem Charakter nach mäßigend wirkt. Dem Führungspersonal der AfD reichen 140 Twitter-Zeichen, um ihre tägliche Portion an Aggression und Häme abzuführen. Da ist es nicht leicht, dagegenzuhalten, zumal wenn so viel Ambivalenz in der eigenen Haltung steckt.

Deshalb wird momentan häufig beklagt, es fehle den demokratischen Kräften, auch den Anhängern der europäischen Idee, an einer Erzählung, vornehmer ausgedrückt: an einem



Narrativ. Gesucht werden begabte Storyteller, die beim ermüdeten Publikum wieder Begeisterung für die Sache der Demokratie wecken sollen. Die der Verzagtheit ein Ende setzen, damit Wehrhaftigkeit nicht länger eine Angelegenheit allein der Sicherheitskräfte bleibt.

Manchmal denke ich, es könnte doch so einfach sein. Ich lese „Höllenzug“, das neue Buch des britischen Historikers Ian Kershaw über die blutige erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, begreife ein weiteres Mal, wie schnell es gehen kann, dass sich der Hass wie ein Flächenbrand über einen ganzen Kontinent ausbreitet, erschrecke darüber, wie oft ich beim Lesen an das Europa von heute denke, und frage mich, wie es sein kann, dass die Wirkung dieser historischen Lektion offenkundig verblasst ist. Aber so einfach ist es wohl nicht, und ob man aus der Geschichte tatsächlich lernen kann, ist zweifelhaft. Es sind zu viele Sonntagsreden über gefallene Grenzen in Europa gehalten worden, die sich nicht mehr so einfach auf unsere Situation heute übertragen lassen. Denn als die Schlagbäume an der deutsch-französischen Grenze fielen, wussten wir noch nicht genug vom Spannungsverhältnis zwischen einem entgrenzten, globalen Kapitalismus und dem Raum der Demokratie, der notwendig begrenzt sein muss, um politisch gestaltbar zu sein.

Die Antwort auf Populismus darf nicht ihrerseits populistisch sein, folglich wird es die gewünschte einfache Erzählung für uns Demokratie-Retter vermutlich nicht geben. Aber warum nicht aus der Not eine Tugend machen und gerade unsere gebrochenen Gesinnungen als Chance begreifen? Wir sollten uns im „schwachen Denken“ üben. Das ist ein Begriff des italienischen Philosophen Gianni Vattimo, der anfangs vielleicht merkwürdig klingt. Vattimo wollte mit ihm die Konsequenz daraus ziehen, dass die Zeit der großen Erzählungen vorbei ist. Fünfhundert Jahre nach Thomas Morus' „Utopia“ mögen wir zwar noch den nostalgischen Wunsch nach einem großen utopischen Wurf haben, aber die Erfahrung des Zerschellens von großen Erzählungen ist für uns postmoderne Menschen die intensivere. Auch wenn sich die Prophezeiung vom Ende der Geschichte als falsch erwiesen hat: Das starke Denken gehört der Vergangenheit an. Wer will heute noch freiwillig Kommunist sein und vom neuen Menschen träumen? Die starken Denker von heute, die Identitären und Islamisten, sind ja gerade das Problem! Wer sein eigenes Denken als schwach begreift, weiß um die Vorläufigkeit der eigenen Position, ist bereit, den eigenen Standpunkt zu räumen, wenn sich eine andere Meinung als die tragfähigere herausgestellt hat. Zum schwachen Denken gehört bei Vattimo immer auch die Ironie, die werden wir als Haltung nicht mehr los. Und sie ist allemal sympathischer als der Fanatismus. Sie gibt uns die Kraft, uns nicht so wichtig zu nehmen. Die anderen natürlich auch nicht. Schwaches Denken sollte die gemeinsame Basis für intelligentes Problemlösen in der Demokratie von morgen sein, in der Partizipation ganz sicher eine größere Rolle spielen wird. Vielleicht werden wir schon bald Losverfahren anwenden, um Bürger auszuwählen, die in einer bestimmten lokalen Frage

nach der klügsten Lösung suchen sollen. Solche demokratischen Experimente machen aber nur Sinn, wenn jeder am Tisch ein offenes Ohr für den anderen hat.

Wer sich im schwachen Denken übt, weiß auch um die eigene Verführbarkeit. Dass wir geneigt sind, immerzu Bestätigungen für die eigene Überzeugung zu suchen. Ständig verlangen wir nach Futter für die eigenen Vorurteile. Weniges ist so schwer wie das Ändern der eigenen Meinung. Jeder sollte sich daher in regelmäßigen Abständen die Kontrollfrage stellen, wann man zuletzt eine alte Überzeugung aufgegeben hat. Wem dann nichts einfällt und wer sich womöglich gar für seinen Meinungsstolz rühmt, hat die Tugend des schwachen Denkens nicht begriffen. Kürzlich gab es in einer Talkshow einen kurzen Moment, in dem diese Tugend aufschien, aber dummerweise sofort abgestraft wurde. Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung räumte in einer Sendung über Sicherheitsfragen und den massiven Polizeieinsatz zu Silvester 2016 am Kölner Hauptbahnhof ein, dass er in dem einen Jahr seit den Übergriffen am selben Ort umgedacht habe, was die Tauglichkeit von Videoüberwachung im öffentlichen Raum angeht. Kameras verhinderten keine Straftaten, das sei nach wie vor seine Überzeugung, aber mithilfe von Videomaterial hätten mehr Straftäter nachträglich überführt werden können, so Prantls Argumentation, die vom Moderator mit der Bemerkung quittiert wurde, dies sei eine Rolle rückwärts. Dabei hatte Prantl sich doch nur von veränderten Realitäten beeinflussen lassen. So geht es einem, der das schwache Denken öffentlich einübt, er wird abgestraft. Unsere politische Kultur ist in dieser Hinsicht wirklich verbesserungsfähig, und vermutlich fängt man auch hier am besten im Kleinen an und tauscht sich darüber aus, wenn die Zweifel an der eigenen Haltung zunehmen oder der Meinungswechsel schon vollzogen ist. Man fühlt sich doch selbst hinterher unwohl, wenn man sich eingestehen muss, im passenden Moment die eigenen Gedanken verschwiegen zu haben, weil man Angst hatte, bei den anderen anzuecken.

Seit der Trump-Wahl wird intensiv über die Bedeutung von Blasen und Echokammern nachgedacht, über die Deformation der öffentlichen Sphäre. Die digitale Welt verstärkt auf verhängnisvolle Weise unsere Neigung, uns in unserem Weltbild ständig bestätigen zu lassen. Wer eine Zeitung liest, hat auch bislang schon nach eigener Präferenz entschieden, welcher Meinung er sich aussetzen will. Linksliberale greifen zur SZ,



Abb. 1: Jürgen Wiebicke (2017): Zehn Regeln für Demokratie-Retter, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln



Konservative zur FAZ. Aber immerhin muss man in der analogen Welt mit Irritationen rechnen. Man stößt auf Artikel, die der eigenen Position widersprechen. In digitalen Netzwerken kann man sich dagegen einspinnen wie in einen Kokon und bekommt gar nicht mehr mit, dass es auch Gründe gibt, ganz anders zu denken, als man selbst es tut. Oder man lässt sich von anderen einspinnen, ohne es zu merken. Wenn es tatsächlich stimmt, wie nach der Trump-Wahl berichtet wurde, dass Algorithmen einen Menschen inzwischen psychologisch genauer entschlüsseln können als der eigene Lebenspartner und dies von Wahlkämpfern gezielt als unsere weiche Stelle ausgenutzt wird, dann ist es höchste Zeit für jeden von uns, sich ein Selbsterziehungsprogramm gegen die eigene geistige Trägheit aufzuerlegen. Schwaches Denken heißt auch, dass ich um meine Manipulierbarkeit weiß und daher immer bestrebt bin, die eigene Blase zu verlassen. Dass ich meine Skepsis nicht verliere, wenn mich Nachrichten von Gleichgesinnten erreichen, dass ich meine Neugierde auf das nicht verliere, was meinem Denken widerspricht. Die Demokratie hätte sich niemals entwickeln können ohne eine funktionierende Öffentlichkeit, in der debattiert und zivilisiert gestritten wird. Diese Öffentlichkeit ist zurzeit in ihrer Existenz bedroht. Durch Verrohung im Netz, durch diffamierende Lügenpresse-Vorwürfe, durch massenhaften Rückzug in die eigene Blase. In den Worten Kants: durch selbst verschuldete Unmündigkeit. Keine Ahnung, ob sich diese digitalen Echokammern jemals wieder sprengen lassen werden. Aber dies könnte ein Gegengift sein: Suche auch im wirklichen Leben häufig genug den Kontakt zu Menschen, die ganz anders sind als du.

6. Packe Probleme nicht in Watte

Demokratie beginnt mit dem öffentlichen Gespräch. Sie benötigt Orte, an denen wir uns als Bürger begegnen und feststellen, welche Probleme besonders drängend sind und ob die Lösung im Konsens oder im Streit zu suchen ist. Wir müssen solche Orte in der eigenen Umgebung wieder schaffen, wir müssen eine Kultur des öffentlichen Gesprächs wieder neu begründen, weil sie arg verkümmert ist. Denn ich bin sicher, dass die derzeitige Krise der Demokratie wesentlich auf einer Kommunikationsstörung beruht. Viele fühlen sich von der etablierten Politik entweder nicht gehört oder missverstanden. Mit digitalen Mitteln wird sich diese Kommunikationsstörung nicht beheben lassen. Die Antwort auf die Demokratie-Krise muss analog sein! Das klingt anspruchsvoll, dabei kann jeder daran mitwirken. Wer das weitverbreitete Gefühl teilt, dass es Zeit wird zu reden, über die Zukunft der Demokratie, über Werte, die verteidigt werden müssen, über lokale Projekte, kann mit wenigen Gleichgesinnten solche Orte schaffen. Gern auch mithilfe digitaler Networkings. Wir haben längst eine Graswurzelbewegung im Land, die sich darum bemüht, öffentliche Foren einzurichten, weil es im Moment so viel zu besprechen gibt. Und wieder gilt: Wenige bewirken viel. Was mit der Idee von zwei oder drei Leuten beginnt, lockt vielleicht

hundert andere vom Sofa, wird anderswo nachgeahmt und zieht anschließend weitere Kreise.

Unsere Städte sind durch die fortgeschrittene Segregation inzwischen von sozialen Grenzen durchzogen. Wer im wohlhabenden Essener Süden lebt, hat in der Regel nichts mit Menschen aus dem ärmeren Norden zu tun. Verschiedene kulturelle Milieus bilden ihre eigenen Konventionen und grenzen sich von anderen ab. Wir haben verlernt, in einer gemeinsamen Welt zu leben. Deshalb ist das öffentliche Sprechen so wichtig. Allerdings in klarer Sprache. Wir teilen unseren Alltag häufig nur noch mit Menschen, die uns ähnlich sind, und kriegen kaum etwas von denen mit, die ganz anders leben, denken und reden. Ein Spiegel dafür ist, wie mit Sprache Politik gemacht wird, die nur noch für Gleichgesinnte bestimmt ist. Sprache wird genutzt, um Trennlinien zu ziehen, sie wird zunehmend ideologisch aufgeladen. Populisten sind Meister des Sprachspiels, wenn sie einen Satz mit der Formulierung beginnen: „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“, dann weiß heute jeder halbwegs politisch Erfahrene, dass daraufhin eine weitere Enthemmung folgen wird, dass auf diese Weise das nächste Vorurteil salonfähig gemacht werden soll. Der Raum des Sagbaren wird Schritt für Schritt erweitert, dem Ressentiment wird Platz mitten in der Gesellschaft geschaffen. Wenn Frauke Petry zum ersten Mal mit Unschuldsmiene das Wort „völkisch“ benutzt, als sei es niemals zentrale Vokabel der NS-Propaganda gewesen, regen sich noch viele auf. Beim zweiten Mal gilt es fast schon als normal. Man darf deshalb gespannt sein, was nach Höckes Wutrede zum Gedenken an den Holocaust kommt. Man könnte inzwischen Seiten mit Beispielen füllen, wie es der neuen Rechten gelungen ist, den Sprachraum des Politischen erfolgreich mit eigenen Begriffen zu besetzen.

Dieser Erfolg hat eine doppelte Vorgeschichte. Denn die Raumgewinne der Rechtspopulisten waren vor allem deshalb möglich, weil andere zuvor ein sprachliches Vakuum geschaffen haben. Es sollte über bestimmte Dinge möglichst nicht mehr geredet werden oder nur noch nach bestimmten Konventionen.

Die erste Vorgeschichte hat Angela Merkel zu verantworten. Mit der wiederholten Rede von der vermeintlichen „Alternativlosigkeit“ ihrer Krisenpolitik hat sie den Eindruck erzeugt, dass sich der politische Wettbewerb um die besten Konzepte eigentlich erübrigt hat. Sie hat Technokratie an die Stelle von Politik gesetzt. Mit der fatalen Wirkung, dass nun tatsächlich viele Bürger davon überzeugt sind, die Unterschiede zwischen den Parteien seien marginal. Sie hat damit außerdem der AfD die Möglichkeit verschafft, das Wort Alternative als exklusives und hoch attraktives Label zu nutzen, das diese Partei von allen anderen unterscheidet. Dadurch war für die AfD der Weg frei, die gesamte politische Konkurrenz in einen Topf zu werfen und in ihrer Rhetorik als Kartell zu denunzieren. Es wird sehr schwer werden, diese populistische Konstruktion wieder aufzulösen: hier das Volk, dort das Establishment und die „Systemparteien“. Nach Merkels wiederholtem Lapsus sollten



wir uns dies wieder neu vergegenwärtigen: In der Demokratie gibt es keine Situationen von Alternativlosigkeit. Sie ist existenziell auf das Grundvertrauen ihrer Bürger angewiesen, dass man die Probleme immer auch anders lösen kann. Man kann immer einen neuen Anfang machen. Diese Zuversicht ist die Bedingung jeden Engagements.

Die zweite Vorgeschichte für den heutigen Erfolg rechter Sprachpolitik hängt mit der Idee zusammen, dass man in seinem Sprachgebrauch alles vermeiden sollte, was auf mangelnde Anerkennung der Rechte von Minderheiten hindeuten könnte. Diese Idee hat inzwischen zu vielen problematischen Übertreibungen geführt, mitunter auch zu Verschleierungen von Realitäten, die unangenehm sind. Ein Beispiel war die Debatte nach den massenhaften Übergriffen von mehrheitlich nordafrikanischen Männern gegen Frauen zu Silvester 2015 in Köln. Ein Ereignis, das tatsächlich eine Zäsur darstellte, weil es ungeheuerlich und vollkommen unerwartet zugleich war. Der Schock sitzt bis heute tief. Es gab schließlich in unserem Land zuvor nichts Vergleichbares. Gleichwohl waren im anschließenden Streit Stimmen zu hören, deren wichtigstes Anliegen das Relativieren zu sein schien und die die Herkunft der Täter wie ein rohes Ei behandelten. Renate Künast von den Grünen beispielsweise beeilte sich, darauf hinzuweisen, dass es auch in deutschen Schlafzimmern sexuelle Gewalt gebe. Sie verschob damit ein konkretes Problem ins allgemein Menschliche, um ihm die Schärfe zu nehmen. Psychologisch ist eine solche Vermeidungsstrategie verständlich. Man schiebt unangenehme Dinge von sich weg, um seine eigene Überzeugung retten zu können. Die politische Wirkung dieser Abwehrstrategie war allerdings fatal. Denn nun stand ihr Lager unter dem Verdacht, bestimmte Fakten vertuschen zu wollen. Politische Glaubwürdigkeit besitzt dauerhaft aber nur, wer sich von veränderten Tatsachen beeinflussen lässt.

Eine ähnliche Erfahrung habe ich in der Flüchtlingsinitiative meines Kölner Stadtteils gemacht. Dort schien es uns nach einem Jahr an der Zeit, eine Zwischenbilanz der eigenen Arbeit zu ziehen. Zur Sprache kamen frustrierende Erfahrungen mit Behörden, die mit ihren bürokratischen Prozeduren Menschen, die nichts lieber als eine Arbeit begonnen hätten, zum Nichtstun verdammt. Aber auch desillusionierende Erfahrungen mit nicht wenigen Flüchtlingen, die erkennbar kein Interesse an Integration hatten und in einzelnen Fällen sogar Straftaten begingen und wechselnde Identitäten annahmen. Außerdem gab es konkrete Hinweise, dass einige Flüchtlinge an den Ereignissen am Kölner Hauptbahnhof beteiligt waren. Am Ende eines längeren internen Diskussionsprozesses entstand ein Papier, das die existierenden Probleme offen benannte, freilich ohne den Kern des Engagements infrage zu stellen. Aus dem Gedanken heraus, dass nur durch Transparenz das Vertrauen der lokalen Öffentlichkeit in die Arbeit der Initiative gestärkt werden kann. Es ging darum, die Flüchtlingsarbeit effektiver und ehrlicher zu machen. Nach ausführlicher Berichterstattung in der Lokalpresse, die klugerweise auf reißerische Töne verzichtet hatte, hagelte es Kritik von politischen Aktivisten

aus anderen Flüchtlingsinitiativen in der Stadt. Ihr Tenor: Solche Dinge gehörten nicht in die Öffentlichkeit, weil man damit demotiviere und nur der AfD nützlich sei.

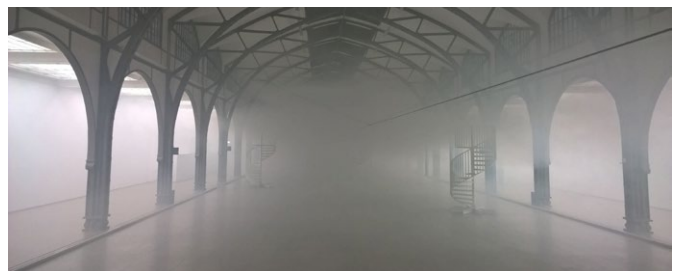
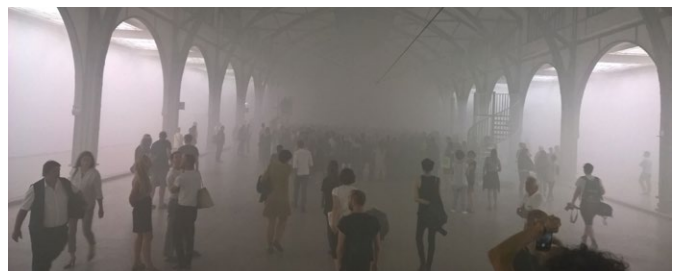


Abb. 2a, 2b, 2c: Heraus aus den Echokammern: Die Antwort auf die Demokratie-Krise muss analog sein! (Fotos: Jost)

Ich glaube, das Gegenteil ist richtig. Wer seine Augen vor unangenehmen Realitäten verschließt, macht nicht nur das eigene Engagement angreifbar und die Feinde der offenen Gesellschaft stark, die über „Gutmenschen“ spotten. Er wirkt damit auf längere Sicht auch daran mit, dass aus einer großen, in der Geschichte der Bundesrepublik einzigartigen Bürgerbewegung ein linksalternativ-christliches Nischenprojekt wird. Wer dies tut, riskiert zudem den Verlust demokratischer Selbstachtung. Denn künftig wird es auch in der Welt der Willkommensinitiativen keinen Mangel an Anlässen geben, über Werte zu streiten. Nicht wenige von denen, die gekommen sind, haben Mühe, historisch hart umkämpfte Freiheitsrechte zu akzeptieren: Frauenemanzipation, sexuelle Selbstbestimmung, Säkularismus. Wichtig ist also die Kombination Hilfe plus Haltung. Ein offenes Gemeinwesen lernt auch im Konflikt, Freiheiten, die vielleicht schon selbstverständlich schienen, auf neue Art wertzuschätzen und zu verteidigen. Ein entscheidender Moment in der Arbeit der Flüchtlingsinitiative in meinem Stadtteil war, als kurz nach den Silvesterübergriffen in einer Aussprache in großer Runde unter Beteiligung von Flüchtlingen deutlich gemacht wurde, dass jemand, der kriminell handelt, die Unterstützung der Helfer verliert.



Wer Probleme verschweigt, öffnet den Raum für rechte Sprachspiele. Noch schwieriger wird es, wenn man die Existenz von Problemen bestreitet. Kürzlich erschien ein „Wörterbuch des besorgten Bürgers“, mit dem die Autoren kritisch darauf aufmerksam machen wollen, dass zunehmend rechtes Vokabular in den allgemeinen Sprachgebrauch einsickert. In der Tendenz haben sie vollkommen recht, Petrys Adjektiv „völkisch“ ist ja nur ein Beispiel von vielen. Aber auch hier schießen die Autoren mitunter übers Ziel hinaus. So wird zum Beispiel die Verwendung des Wortes „Flüchtlingskrise“ kritisiert. Die gebe es nämlich nur emotional, aber nicht tatsächlich. Die Anzahl an Flüchtlingen, die Deutschland aufgenommen habe, sei im Vergleich zum Libanon ein Witz. Ein schiefer Vergleich, der häufig zu hören ist. Meist aus dem Mund von abstrakten Idealisten, die nicht allzu nah dran sind an den Problemen des Alltags. Da wären Besuche in Schulen, Integrationskursen und bei der Arbeitsagentur zu empfehlen. Der Vergleich lässt all die Anstrengungen außer Acht, die derzeit hierzulande unternommen werden, um aus Schutzsuchenden Bürger zu machen, die Teil dieser Gesellschaft sind. Anders als im Libanon reicht es hier eben nicht, Geflohene in Zelten unterzubringen und sie dann sich selbst zu überlassen. Insofern war und ist die Flüchtlingswelle (Achtung: wieder ein verbotenes Wort!)

tatsächlich eine dramatische Ausnahmesituation, die in die Geschichte des Landes eingehen wird. Die Existenz einer Krise zu leugnen, heißt, all jene zu missachten, die Tag für Tag dicke Bretter bohren müssen, damit der Merkel-Satz „Wir schaffen das“ nicht völlig freischwebend bleibt. Und vor allem ist es völlig unpolitisch. Ja, es gibt eine Flüchtlingskrise, und warum sollten wir sie, wenn sogar das Jahrhundertprojekt Europa an ihr zu scheitern droht, in Anführungsstriche setzen?

Die postmoderne Linke hat sich zwei Jahrzehnte lang mit großer Leidenschaft der Sprachpolitik gewidmet und darüber mitunter ihr Kernanliegen aus den Augen verloren: die soziale Frage. Sie hat Unterstriche und Sternchen in Substantive eingebaut, um eine gendergerechte Sprache zu erfinden. Ein reines Elitenprojekt. Manchmal findet man in der Zeitung eine ganze Seite darüber, wie in den Universitäten darum gerungen wird, die Gesellschaft über die Grammatik zu verändern. Nach Flüchtlingskrise, Brexit und Trump wirkt das wie ein Gruß aus der Welt von gestern.

Jürgen Wiebicke

Philosoph, Journalist, Schriftsteller, Köln; bei WDR 5 moderiert er jeden Freitagabend „Das philosophische Radio“

Martin Rüttgers

Die „dunkle Seite der Zivilgesellschaft“

Weniger Empörung, mehr Aufklärung bitte!



Während in Deutschland die „helle Seite“ der Zivilgesellschaft von Rekord zu Rekord immer höherer Engagementquoten eilt (Freiwilligensurvey 2014) und sich hierfür z.B. in Form von Ehrenamtspreisen und Aktionswochen zu Recht selbst feiert, tritt die dunkle(re) Seite der Zivilgesellschaft in Gestalt etwa von Pegida-Märschen, „besorgten Bürgern“ und rechtslastig-rassistischen Ehrenamtlern immer offensichtlicher aus dem Schatten von Wahlenthaltung oder Frustration. Blickt man auf die Ergebnisse des aktuellen Freiwilligensurveys, so könnte man sich ob der zuletzt stark gestiegenen Engagementquoten bequem und beruhigt zurücklegen in dem Gefühl, dass sich die Gesellschaft zunehmend aktiv in die Gestaltung der Zukunftsherausforderungen einbringt und damit Politik und Verwaltung entlastet.

Dieser Beitrag wurde bereits veröffentlicht im „Forschungsjournal Soziale Bewegungen“ online am 26.08.2017 sowie im eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 2/2018 vom 13.07.2018

Laut Freiwilligensurvey sind die Engagementquoten in fünf Jahren von 2009 bis 2014 um mehr als ein Fünftel gestiegen, und zwar von 35,9 auf nunmehr 43,6%. Dies bedeutet, dass die Zahl der Engagierten in Deutschland in diesem Zeitraum um mehr als 20% von 24 auf knapp 31 Millionen angestiegen ist (Roth 2016). Tatsächlich zeigt sich die Stärke unserer

Zivilgesellschaft gerade etwa in dem für viele überraschend hohen Engagement für geflüchtete Menschen z.B. in den zahllosen Willkommensinitiativen, die seit 2014 und verstärkt dann 2015 wie Pilze aus dem Boden zu schießen schienen. Das Wachstum der Quoten des bürgerschaftlichen Engagements lässt sich hiermit aber nicht erklären, weil der Freiwilligensurvey nur das individuelle Engagement bis zum Jahr 2014 abgefragt hat. Einen Erklärungsansatz bietet Roland Roth, der die Methoden und die Befragungskriterien des Freiwilligensurveys analysiert hat: „Die Spurensuche führt zu einem